INFO

UNDOGMATISCHE LINKE – HAMBURG

CHILE - AKTIONS - WOCHE 9.9. - 14.9

NR. 4/1974 9.SEPT. DM 0.80

INHALT: Chile-Aktions-Woche – Drohende Auflösung der ESG – Kritik am Folterkomitee, 2.Teil – Zur Frage des bewaffneten Kampfes

CHILE AKTIONSWOCHE 9.9.-14.9.

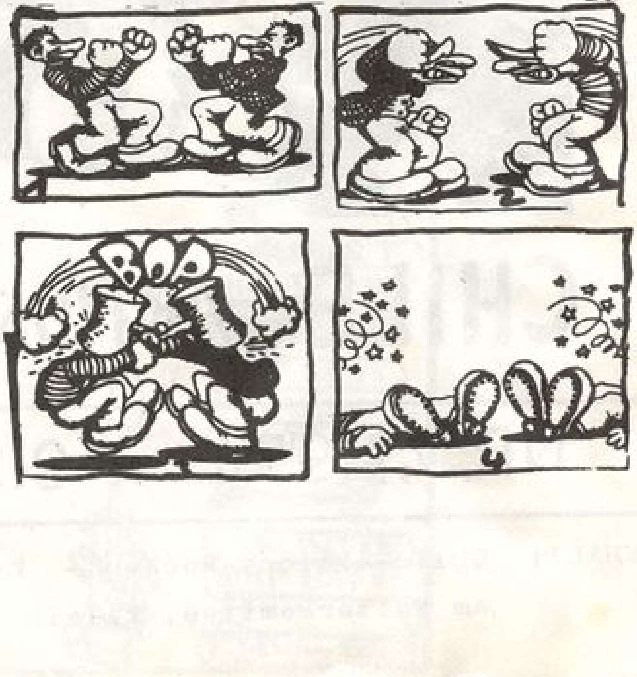
Vom 31.August - 1. September trafen sich in Mailand Vertreter von verschiedenen Organisationen der revolutionären Linken Westeuropas, um die Aktivitäten für den 1. Jahrestag des Putsches in Chile auf westeuropäischer Ebene zu koordinieren. In sämtlichen europäischen Ländern organisiert die vereinte Linke zentrale Demos - so in Mailand, Frankfurt, Glasgow, Zürich und Stockholm am 14. und in Paris, Lissabon, Brüssel und London am 15. September. In Spanien (allerdings nicht zentral) finden am 11. September in Madrid und Barcelona Demonstrationen statt.

Auf dem internationalen Treffen war auch die chilenische MIR vertreten. Der Genosse Edgardo Enriquez, Mitglied der Politischen Kommission der MIR erklärte ausführlich die heutige Situation in Chile und betonte die Wichtigkeit der internationalen Solidarität mit den chilenischen Revolutionären.
Wir berichteten über die Situation der Chile-Solidaritätsbewegung in der BRD und stellten fest, daß, obwohl alle Chile-Komitees der BRD und die meisten Organisationen der Linken zur zentralen Demonstration in Frankfurt aufrufen, es doch noch Gruppen gibt, die es für falsch halten, sich daran zu beteiligen. Diese Gruppen oder Parteien haben in bezug auf die Chile-Solidarität eine absolut bornierte Position, die sich so ausdrückt, daß sie ihre minimale Praxis innerhalb des deutschen Proletariats verallgemeinern und auf ein Land mit einem hochentwickelten Stand der Klassenkämpfe wie Chile übertragen.

<u>Wie sieht das in Hamburg aus?</u>

Von seiten der AELA und des Chile-Komitees wurde angesichts der Wichtigkeit des 11. Septembers und der Anstrengungen der Revolutionäre in Chile die Bildung einer einheitlichen Front angestrebt, eine gemeinsam Demonstration oder wenigstens eine einheitliche Veranstaltung. KB und KPD verhinderten ein gemeinsames Vorgehen. Der KB kritisierte den gemeinsamen Aufruf der Chile-Komitees: "Er ist so breit, daß sogar die CDU mitdemonstrieren könnte", während die KPD auf der "richtigen Linie" beharrte. In dem Aufruf würde man die Regierung Allende nichtrichtig analysieren, der US-Imperialismus käme zu kurz und ich weiß nicht wie viele andere Sachen. Wir erklärten, daß der Aufruf keine detaillierte Analyse oder Linie enthält, daß er nur dazu dient, für die zentrale Demonstration in Frankfurt aufzurufen und daß jede Organisation natürlich ihre eigene Analyse zu Chile erstellen kann. Der Aufruf sei nur ein Ausdruck verschiedener Richtungen, die in den Chile-Komitees zusammenarbeiten. Das war aber alles zu schwer zu verstehen für KB und KPD. Wir müssten die"Lehren" aus Chile ziehen und diese den "Massen" immer mitteilen. Die KPD ging noch weiter: Die Massen seien in Chile sowieso immer gegen Allende gewesen und es sei bedauerlich, daß die chilenischen Revolutionäre das nicht verstanden hätten. Darüberhinaus erklärten KPD und KB, daß die AELA auf Veranstaltungen und Demonstrationen nicht sprechen sollte, weil sie sowieso eine "trotzkistische" bzw. "spontaneistische" Organisation sei.

Konsequenter Linienkampf:



Dieses Verhalten angesichts des 11. Septembers ist einfach konterrevolutionär - im normalen Sprachgebrauch würde man es als Schwachsinn bezeichnen.
Die AELA und das Chile-Komitee machen jetzt eine eigene Demonstration und eine eigene Veranstaltung. Am 11. September findet am Legienplatz um 17.00 Uhr eine lokale Demo statt. Die Schlußkundgebung wird vor dem chilenischen Konsulat durchgeführt: Es sprechen das Chile-Komitee, die AELA und ein Vertreter der MAPU.
Am 12.9. spricht im Uni-Hauptgebäude, Hörsaal A, der stellvertretende Vorsitzende der Studentenföderation von Concepcion. Außerdem wird ein neuer Film der AELA gezeigt.
Wir müssen daran erinnern, daß aus der Universität von Concepcion 1964 die MIR hervorging und daß diese Uni eine Hochburg der revolutionären Linken in Chile war. Als Fidel Castro Chile besuchte und in der Universität von Concepcion sprach, sagte er: "Seitdem ich in Chile bin, sagen mir alle Journalisten: Wir sehen uns in Concepcion".

Alle erwarten von dieser Rede und der anschließenden Diskussion sehr viel. Der Genosse Jorge Ayala wird darüber sprechen, was zwischen dem 11. September 1973 und dem 11. September 1974 geschehen ist.
Wir fahren dann alle zusammen nach Frankfurt. Am 14. demonstrieren wir am Opernplatz. Wir fahren in einem Sonderzug aus Hamburg schon am Samstagmorgen um 4.45 Uhr ab und sind abends schon wieder zurück. Der Preis ist relativ niedrig: 30,00 DM (normal 124,00 DM). Fahrkarten kann man im Manifest, bei Hübsch-Rochlitz und an den verschiedenen Info-Ständen in der Stadt bekommen.

CONTRA LA DICTADURA MILITAR
RESISTENCIA POPULAR!
(Gegen die Militärdiktatur, Volkswiderstand!)
VENCEREMOS!

Ein Genosse der AELA

VERANSTALTUNGSKALENDER

Mi.11.9.: 17 Uhr, Demonstration ab Legienplatz. Es sprechen: AELA, Chile-Komitee und ein Vertreter der MAPU.

Do.12.9.: 18 Uhr, es sprechen der stellvertretende Vorsitzende der Studentenföderation von Concepcion, das Chile-Komitee, AELA, KBW, GIM. Es wird ein Film gezeigt. (Alte Uni, Hörsaal A)

Sa.14.9.: Zentrale Demonstration in Frankfurt, Opernplatz, 12 Uhr, es sprechen ein Vertreter der chilenischen CUT (Gewerkschaftsverband) und ein Vertreter der westdeutschen Chile-Komitees. (Fahrkarten im Manifest und bei Hübsch-Rochlitz.

ERMUTIGUNG:

Viele von uns gehen schon seit längerem nicht mehr zu Demonstrationen, weil sich im Laufe der Zeit das Gefühl eingeschlichen hat, daß die vielen Umzüge ja doch nichts mehr bringen.
Wir alle haben die Nase voll von den "machtvollen" Parteiaufmärschen, bei denen das eigentliche Aktionsziel immer mehr in den Hintergrund gerät, zugunsten einer pompösen und zugleich lächerlichen Selbstdarstellung der zahlreichen Vorhüte des Proletariats, wo langweilige und inhaltsleere Parolen vorgekaut und nachgebetet werden, wo Reden gehalten werden, denen niemand mehr zuhört, weil es immer dieselben Manuskripte sind, die bei jeweils passender Gelegenheit hervorgekramt werden - kurzum, wo jegliche Kreativität und Phantasie schon von vornherein im Keim erstickt werden.

Doch dem Sektiertum der ML-Gruppen können wir nicht dadurch entgegentreten, daß wir ihnen das Feld überlassen.
Dies wird am Beispiel der Chile-Solidaritätskmpagne besonders deutlich. Die chilenischen Genossen, die heute unter ungeheuren Anstrengungen und Opfern beginnen, den bewaffneten Kampf gegen die einheimischen Gorillas und deren imperialistische Helfershelfer einzuleiten, brauchen unsere Unterstützung mehr denn je. Die Möglichkeiten reichen von gezielten, gewalttätigen Angriffen auf Schaltstellen der imperialistischen Agenturen - sh. die Anschläge auf ITT in Berlin und Nürnberg und auf das chilenische Konsulat in Berlin - bis hin zur materiellen Hilfeleistung für den chilenischen Widerstand - so z.B. Blutspendeaktionen und Geldsammlungen. Und eines dieser Mittel ist eben nicht zuletzt auch die Organisierung massenhafter Demonstrationen zum Jahrestag des Militärputsches.
Der westdeutschen Bevölkerung den Zusammenhang zwischen chilenischem Terror und Kapital-SPD-Regierung im eigenen Land aufzuzeigen und vor allem den chilenischen Revolutionären zu demonstrieren, daß sie auch unter den extrem schwierigen Bedingungen ihres Kampfes nicht isoliert sind, das erweist sich als besonders dringlich in einem Augenblick, wo sich die kapitalistischen Staaten bürgerlich-demokratischer Prägung anschicken, ihre Beziehungen zu Pinochet und seinen Henkerskamaraden zu "normalisieren" und damit allmählich eine Situation herstellen, in der das Thema Chile aus dem Bewußtsein des "Mannes auf der Straße" verschwindet.

PINOCHET LIBERATION

Also, Genossen, möge das defätistische Geschrei verstummen!

Wenn auch ihr den Arsch hochkriegen würdet, könnte so manche Demo bald ganz anders aussehen.
Beteiligt Euch an der Hamburger Demonstration von AELA und Chile-Komitee, am Mittwoch, dem 11.9. und, wenn ihr könnt, auch an der zentralen Demo in Frankfurt.
Wie hieß es doch in alten Zeiten: Kommt massenhaft !

INFO-KOLLEKTIV.

Zum Klassenkampf

DIE ANGST DER ALTEN MÄNNER

oder:
Wie sich einige kirchliche Reaktionäre dem Zug der Zeit anpassen und die linke Studentengemeinde in ein unbeachtetes Ghetto einmauern wollen

Die Zahlen der Kirchenaustritte wachsen noch immer, die Kircheneintritte, nämlich Taufen und Konfirmationen, werden rapide weniger und von den traditionellen Gottesdiensten wollen ohnehin nur noch höchstens 4% der Bevölkerung etwas wissen. Die kirchenleitenden Herren müssen Angst haben, die regelmäßigen Einnahmen zu verlieren.
Darum hat sich die Hamburger evangelische Studentengemeinde nie gekümmert. Sie hat ihre politische und theologische Arbeit mit sozialistischen Zielen auch in der Kirche auch in der Öffentlichkeit gemacht. Sie hat sicherlich einige Gestrige abgeschreckt, die dann durch Kirchenaustrittsdroh- und -schmähschriften die Angst der Alten Männer vergrößerten.

Das ist der Hintergrund.
Nun hat am 22. August 1974 die "Synode der Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate"(das Kirchenparlament) durch Beschluß festgestellt, daß "die gegenwärtige ESG weder rechtlich noch faktisch das alleinige Mandat zur Verwaltung des kirchlichen Verkündigungsauftrages im Raum der Hochschule beanspruchen darf". Der Kirchenrat, die kirchliche Regierung, wird beauftragt, "Wege zu einem Neuanfang zu finden."
Allen Beteiligten ist klar, was das bedeutet. Man will: Ende der Unruhe, Schluß mit sozialistischer Arbeit, aus dem Weg mit Kirchenopposition, Friedhofsruhe. Man will sicher nicht die ESG-Arbeit beseitigen - das würde zuviel Aufsehen erregen - sondern diese bedeutungslos und unsichtbar machen. Wir müssen aus den Augen, damit keiner merkt, was sich hinter der leeren Hülle der Landeskirche verbirgt.
Die Hamburger Linke hat die ESG in der bisherigen Auseinandersetzung kaum unterstützt. Viele Genosssen schleppen unverdaut frühere Frömmigkeit und gewesene Christlichkeit mit sich; viele glauben auch, in kirchlichen Kämpfen kämen die gesellschaftlichen Kämpfe nicht vor, hier brauche man nicht materialistisch zu analysieren, denn hier ginge es ja bloß um den lieben Gott.

Diese Ideologie ist so uralt wie sie falsch ist. Auch in der Kirche gibt es Klassenkämpfe, man bemerkt es nur nicht so gut, weil die ideologische Verschleierung offenbar perfekter ist als in anderen Firmen. Die Ideologie von der "Heiligen Familie" scheint merkwürdigerweise glaubwürdiger als die von der "Betriebsfamilie", was aber kein Wunder ist, denn man hat mit ihr ja schon 2000 Jahre Erfahrung.
In diesem Klassenkampf kommen, wir überhaupt in der Kirche, die Arbeiter kaum vor (in der Synode gibt es einen Alibiproleten - hinzuberufen, nicht gewählt), die Stellungen im Klassenkampf sind aber auch hier wirklich.
Da ist z.B. die Frage, ob "Kirche" die Befreiungsbewegungen in der dritten Welt unterstützen darf, was manche Kirchen tatsächlich tun, aber eben nicht unsere.
Und da ist dann auch die andere Frage, ob die Kirche die Tradition aus der Kirchengeschichte fortsetzt, die Ketzer auf den Scheiterhaufen zu stellen, die Huß und Müntzer und ihre modernen Nachfolger mit Stumpf und Stiel auszurotten und die Bücher zu verbrennen, sich die Augen zuzuhalten und statt der Probleme diejenigen, die sie nennen, zu beseitigen.

Die jüngste Geschichte der ESG Hamburg ist ein Lehrstück. Wer sie liest kann den Kurs der Kirche und der Kirchenleitenden ablesen. Wir werden kurz erzählen, was wir tun und dann

zeigen, wer was wie gegen uns tut. Wir werden zeigen, daß eine Hand voll großmächtiger Alter Männer jammert, weil es uns gibt und den Katzenjammer als Theologie verkauft, und uns theologisch mit aller Nächstenliebe rauswerfen will aus der Kirche.

Wir sind Kirche. Unsere theologische und politische Arbeit ist kirchliche Arbeit. Davor haben jene Alten Männer Angst, weil wir ihnen ihre (ihre!) Kirche streitig machen, weil man merken wird, daß ihre Theologie eine Theologie des Mittels zum Zweck ist. Kirche kann heute nur Kirche sein, wenn sie daß Gebot der Nächstenliebe auf politische Wirkung hin befragt, wenn sie nach dem Grund zur Nächstenliebe fragt, wenn sie das Elend praktisch bekämpft. Gottesdienstliche Verkündigung verschleiert, wo sie nicht zur Klarheit beiträgt, konserviert, wo sie nicht zum Kampf beiträgt, Kampf gegen Unterdrückung, gegen ungerechte Verhältnisse, gegen individuelle und gesellschaftliche Not. Wir sind in guter Gesellschaft.

Unser Kampf ist der Kampf, von dem die Bibel berichtet. Gerade deshalb ist heuteunser Kampf der Kampf der Sozialisten.
Wir sind in der Kirche. Wir haben Anspruch auf die Gelder, die täglich in die Kirche fließen. Wir nehmen teil an kirchlichen Diskussionen, wir machen unseren Standpunkt und unsere Kritik jedem Christen deutlich. Viele Leute - hauptsächlich Studenten - ziehen durch die Diskussion mit uns Konsequenzen aus ihren christlichen Wertvorstellungen. Das wollen wir befördern, das wollen die Alten Männer verhindern. Wir wollen und können hingegen nicht "die Kirche übernehmen". Wir sind auch außerhalb der Kirche. Es hat sich in der Vergangenheit als richtig und notwendig erwiesen, daß im Haus der Studentengemeinde auch politische Gruppen tagen konnten und Unterstützung für ihre Aktivitäten erhielten. Organisationen von ausländischen Studenten

MANIFEST
POLITISCHER BUCHLADEN
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 79
Tel. 44 40 03
Sortiment
Zur materialistischen Geschichtsauffassung
Kapital und Staat Marxismus und Ästhetik
Archive und Klassikergesamtausgaben
Geschichte der Klassenkämpfe
Der gegenwärtige Imperialismus und der internationale Klassenkampf
Die gesellschaftliche Entwicklung der BRD
Internationale Agitations- und Propagandapublikationen und theoretische Organe
Pädagogik Psychologie Psychoanalyse
Philosophie Soziologie
Kinder- und Jugendbücher
NEU Internationale fremdsprachige Literatur

z.B. waren z.T. darauf angewiesen. Wir haben unseren Standpunkt immer auch in den Hochschulen deutlich gemacht und zwar politisch wie theologisch. Beides hat die Angst gesteigert: Die politische Diskussion, weil wir sozialistisch reden, aber auch die theologische, weil wir Nestbeschmutzer sind.
Die Alten Männer haben weder unsere Aktivitäten, noch unser Konzept für Kirche bisher kritisieren können. Vielmehr haben sie zwei Argumente, die durch ständige Wiederholung an Glaubwürdigkeit gwinnen sollten, eingeführt:
1) Die ESG sei nicht christlich. Sie sei eine politische Organisation, die von der Kirche ausgehalten werde.

2) Den "wirklichen" christlichen Verkündigungsauftrag übernähmen schon seit langem andere Hochschulgruppen (Arbeitskreis Theologie und Kirche, Studentenmission in Deutschland u.v.a

Diese Argumente werden hier widerlegt Allerdings wollen wir das nicht dadurch tun, daß wir vorzeigen, wie "christlich" die ESG ist - dazu haben wir oben etwas gesagt - noch wollen wir beweisen, daß die anderen christlichen Hochschulgruppen unchristlich sind, - das wäre auch falsch. Sie sind beängstigend "christlich". - Sondern wir wollen die christlichen Absichten der Alten Männer, eines Herrn Professor Thielicke, Mitgliedern christlicher Hochschulgruppen und reaktionärer Kirchenkreise illustrieren. Hierzu zeigen wir das Zusammentreffen von entscheidenden Synoden-

sitzungen über die Studentengemeinde, der Besorgnis Thielickes über die ESG, den Verkündigungen des Herrn Mathies gegenüber der interessierten "Welt"-Öffentlichkeit und den Enthüllungen im ZDF-Magazin auf.

Im März 1974 stand der jährliche Bischofsbericht vor der Hamburger Synode an. In diesem Bericht - vergleichbar mit einer Regierungserklärung - nimmt das Oberhaupt der Hamburgischen Landeskirche "zur kirchlichen Lage" Stellung. Darüberhinaus sollte ein Ausschuss vor der Synode Bericht über die ESG erstatten und vorschlagen, wie man fürderhin mit der ESG verfahren solle.

<u>Dazu machte die Thielicke-Mafia ihren ersten Schachzug:</u> Am 25. Januar 1974 gibt Thielicke ein Interview in der "Deutschen Zeitung/Christ und Welt" über die "Wandlung der jungen Semester", in welchem er darstellt, daß die Linken an der Hochschule völlig bedeutungslos sind und gleichzeitig zum Progrom aufruft ("Wann würde je ein Plakat (der Linken an der Hochschule) heruntergerissen?"), und schließlich die Hamburger Studentengemeinde in diesen Zusammenhang stellt: "Hier wird ein winziges Häuflein säkularer Linkspropagandisten mit kirchlichen Geldern ausgehalten."
Im Februar folgt Thielickes Schüler, der Theologiestudent Helmut Mathies, mit einem Artikel gegen die Studentengemeinde auf dem Fuß: "Während die ESG mittlerweile zu einer linksradikalen Sekte geworden ist und der Ruf, ihr jegliche Unterstützung seitens der Kirche zu versagen, immer lauter wird, verwirklichen längst andere das, wozu die ESG eigentlich beauftragt ist." ("Student", Nr. 42 1974) - Er meint sich.

Am 8. Februar zieht auch die "Welt" mit und spielt die Angriffe Thielickes zu einem Konflikt zwischen ihm und den Studentenpfarrern hoch. Am 23. Februar sieht ein Itzehoer Dorfpastor namens Motschmann "Hinter christlicher Fassade Hetze für den Umsturz" und ein Friedrich-Karl Freiherr von Düsterlohe weiß über die ESG zu berichten, daß "subversive Krieger ... gern mit irreführenden Etiketten ... " arbeiten. Vielleicht wendet er seine Kriegsbesatzungserfahrungen mit osteuropäischen Freiheitskämpfern fruchtbringend an. - Allerdings zeigt sich hinter der Fassade allgemeiner Empörung der gesamten Bevölkerung im norddeutschen Raum über die ESG, daß besagter Freiherr seinerseits Schwiegervater des Pastors Motschmann ist und seine Tochter, Ehefrau des Herrn Motschmann und hamburger Theologiestudentin, im Arbeitskreis "Theologie und Kirche" des Herrn Mathies mitarbeitet, welcher gleichzeitig führendes Mitglied der Studentenmission Deutschlands ist, die widerum personell mit Thielickes "Projektgruppe Glaubensinformation" verflochten ist.
Die "Deutsche Zeitung", die "Welt" und die übrige Springerpresse bringen bis zur Märzsynode das Thema mit Variationen in wohldosierten Abständen zur Sprache (1.,4. und 5. März in der Bergedorfer Zeitung). Darüberhinaus wird am 15. März von der "Welt" der Angriff erweitert: Unter dem Titel "Im Namen Luthers gegen Luthers Lehre" wird die Arbeit des Katechetischen Amtes der Hamburger Kirche mit "marxistische Kuckuckseier" vorgestellt.

Auf der März-Synode war der Ausschußbericht über die ESG noch nicht fertig. Der Bischofsbericht enthielt jedoch - gut abgedeckt durch die öffentliche Empörung über die ESG - den Hinweis, daß sich allmählich durch die Finanzierung der Studentengemeinde ein "Kirchenprotektionismus" für Linksradikale" entwickelt hätte. (vgl. Nordelb. Nachrichtenspiegel Nr. 13/74) Obwohl auf der März-Synode von den Rechten mächtig Stimmung gegen die ESG gemacht wurde, fanden sie noch nicht die Zeit reif, zu großen Schlägen auszuholen. Das sollte auf der Juni-Synode geschehen, auf der sozusagen auch noch mit Hilfe des Ausschußberichtes über die ESG zum innerkirchlichen Halali geblasen werden sollte.

Nun machte die Thielicke-Mafia ihren zweiten Schachzug:War bis zum März die nichtkirchliche, genauer gesagt, die nichtsynodale Öffentlichkeit der Zielpunkt der Thielicke-Agitation, so sollten zur Juni-Synode (24.6.74) die Synodalen bearbeitet werden. Ende April verfaßt Thielicke eine "Fallstudie" über die ESG-Hamburg, die er sogleich allen Hamburger Synodalen zuschickt. In dieser Fallstudie wird die Studentengemeinde den völlig unwissenden Synodalen wie folgt vorgestellt: Im Keller (!) der ESG wird ein Gutteil der hamburger linksradikalen Flugblätter gedruckt, im Semesterprogramm der ESG gibt es nur Politica, der Sozialismus ist zur gleichsam dogmatischen Grundlage der Studentengemeinde gemacht worden usw.

Thielickes Sekundanten im Arbeitskreis "Theologie und Kirche" dokumentieren die ESG in ähnlicher Weise: ESG-Veröffentlichungen werden danach ausgesucht, inwieweit an möglichst hervorgehobener Stelle das Wort "Sozialismus" vorkommt, um die ewig-alten Ängste im Kirchenbereich zu mobiliesieren.
Die "Welt" beschränkt sich in dieser Etappe der Synodenvorbereitung entsprechend auf einen allgemeinen Hinweis auf die Synode. (Welt vom 21.6.)

Die Hamburger Morgenpost berichtete einen Tag nach der Synodensitzung mit dem Titel "Die Synode ist geplatzt" (V. 25.6.74) exakt die neue Situation: Entgegen den Erwartungen hatte sich der Ausschuß "Kirche und Gesellschaft" der Hamburger Synode, der sich ein Jahr gründlich mit der ESG-Problematik auseinandergesetzt hatte, für einen "Wandel in Kontinuität" ausgesprochen.Der Ausschußbericht wies die Thielicke-Angriffe auf die ESG in Form und Inhalt zurück, distanzierte sich von der Art der Meinungsmache über die ESG und forderte den Eintritt in eine Auseinandersetzung mit der ESG, die institutionell durch ein Beratungsgremium durchgeführt werden sollte. Der erste Anlauf nämlich möglichst schnell einhellige und einschneidende Beschlüsse zu erreichen, (Thielicke: Die Kirche ist zu zaghaft "notwendige Konsequenzen zu ziehen und (läßt) ein schwärendes Problem seit Jahren chirurgisch unbehandelt"), war mit der im großen und ganzen positiven Stellungnahmedes Ausschusses torpediert. Die Synode mußte also diskutieren.Sie vertagte sich, um zu einem besser vorbereiteten Gang anzutreten. Eine Sondersynode wurde zum 22. August vorbereitet

Und jetzt folgte der dritte Schachzug der Thielicke-Mafia: Diesmal eröffnet die "Welt" (v. 24.6.74) die Runde mit der Veröffentlichungeines vertraulichen, ihr zugespielten Berichts über das Ergebnis der Rechnungsprüfung in der ESG:"Mit Geldern aus der Kirchensteuer wurden linke Flugblätter finanziert". Nun war das keine neue Erkenntnis, nur wurden mit dieser Art von Artikeln sowohl die Kirchen-Öffentlichkeit und die Kirchensteuerzahler angesprochen,als auch Druck auf die Kirchenleitung wegen der sich häufenden Kirchenaustritte ausgeübt.
Neues war auch nicht von Thielicke und seiner Mannschaft zu hören. Ihr Pulver war längst verschossen. Gerade deswegen ziehen sie alle Register der rechten Öffentlichkeitsarbeit. Ein Artikel in der "Deutschen Zeitung" (16.8.74), ein Artikel in der Mathies'schen Hauspostille "Student" (Nr. 44/74), eine Sendung im ZDF-Magazin (21.8.74) und dann auch noch ein Brief der Studentenmission in Deutschland an den "sehr geehrten Herrn Bischof" und die "sher geehrten Synodalen", ein Brief einer eigens hierfür gegründeten "Initiativgruppe für eine christliche Studentengemeinde" an den "sehr verehrten Herrn Bischof" und die "sehr verehrten Synodalen". (Ist es erwähnenswert, daß diese "Initiativgruppe" sich voll inhaltlich der Argumentation des Herrn Mathies anschloß?)

Dennoch waren sich die Thielicke-Leute noch nicht sicher. Thielicke veröffentlichte noch kurz vor der Synode mit Brief an alle Synodalen eine Ergänzung zu seiner April-"Fall"-Studie. Der wesentliche Punkt hierbei war der miese Versuch, der Studentengemeinde Antisemitismus unterzujubeln. Auch das ZDF recherchierte schon fleißig. Hier-

zu wandten sie sich an einen bekannten hamburger jüdischen Sozialisten, um ihn zu einer Stellungnahme gegen die ESG zu bringen. Aber der Thielicke-ZDF-Plan fiel ins Wasser, weil dieser keinesfalls bereit war, die Auseinandersetzungen mit der ESG bei Löwenthal diskutieren zu lassen, sondern vielmehr das ZDF aufforderte, sich lieber mit neonazistischen bzw. altfaschistischen Tendenzen an Universitäten und in der Publizistik zu befassen.
Alles in allem war der Plan, mit dem alten Antikommunismus-Konzept die ESG zu Fall zu bringen, nicht besonders nach Wunsch verlaufen. Die Studentengemeinde hatte schon einmal in der Synode über ihr Konzept zur "Hilfe für ein freies Vietnam" diskutiert und dabei ihre Positionen verteidigen können. Auf diese Probleme wollten die Kirchenleitenden nicht mehr einschwenken. Also mußte abstrakt über Theologie geredet werden, sollte die Auseinandersetzung sich im "ideologischen Bereich" abspielen, in dem sich die Alten Kirchenmänner so gut zu Hause fühlen und in welchen neue Formulierungen des Glaubens sofort als "Anarchismus" und "Revolution" gesehen werden.

Hierzu kam jetzt der Hochwürdige Herr Bischof selbst auf den Plan. Bischof Wölber trimmte in einem Brief an alle Synodalen die Auseinandersetzung auf den richtigen Begriff: Es ginge um den Versöhnungsbegriff der Studentengemeinde. Die ESG hätte mit der Hilfe für die Leidenden in Nordvietnam nur eine Hälfte des vietnamesischen Volkes bedacht. Um diese Argumentation aufrecht zu erhalten, mußte er etwas Wesentliches unterschlagen: In unserer Blutspendeaktion hatten wir die Hälfte des Geldes an Nordvietnam, die andere Hälfte an Südvietnam überwiesen, hier allerdings an die provisorische Revolutionsregierung, weil sie die einzige Kraft in Südvietnam war und ist, die die Mittel auch tatsächlich für die Bevölkerung verwendet und nicht in der Korruption verschwinden läßt. Es ginge auch um ein doppeltes theologisches Fehlurteil in der ESG. Die Studentengemeinde würde die Kategorie des Einzelnen zugunsten eines strikten Kollektivismus vernachlässigen. (Jeder Marxist weiß, daß das Quatsch ist.)
An der Art von Öffentlichkeitsarbeit, wie sie von der Thielicke-Clique gerade im ZDF deutlich wurde, mochte sich Wölber nicht beteiligen. Hierzu schickte er seinen persönlichen Referenten, Herrn Dr. Lutz Mohaupt, vor die Kamera. Dieser wollte "natürlich nur" seine "eigene Meinung" sagen. Es ist sicherlich für derlei Leute erwähnenswert, wenn sie einmal eine eigene Meinung haben. Die so erweckten Hoffnungen erfüllte Herr Mohaupt, Mitglied der Thielicke'schen "Projektgruppe Glaubensinformation" nicht. Er war nämlich nur der Meinung daß die Synode am nächsten Tag "zu einer Entscheidung" kommen müsse. Dasselbe stellte am nächsten Tag auch der Bischof in seinem Abschlußvotum vor der Synode fest. Solange sei schon über die ESG diskutiert. Es gäbe so viele Briefe in seinem Amt, und die Kirch hätte so viele andere wichtige Aufgaben...
Heute ist die Entscheidung über die ESG gefallen. Die Formulierung des Synodenbeschlusses ist zwar sehr vorsichtig und offen. An entscheidender Stelle wird uns allerdings bestritten Kirche zu sein, und das hat Konsequenzen. Die politischen Absichten des Kirchenrates sind klar: Auflösung der Studentengemeinde, so wie sie heute noch besteht. Das darf von uns nicht hingenommen werden. Die oft von uns bekundete Gesprächsbereitschaft werden wir jetzt vornehmlich in der Hochschule und in den Ortsgemeinden zeigen.

Helma Schröder

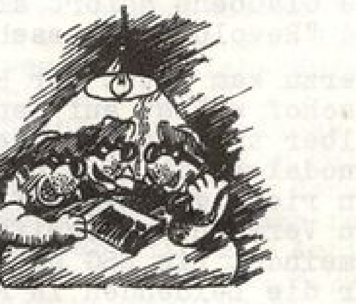
(Die Verfasserin, Mitglied einer ESG-Arbeitsgruppe, legt Wert auf die Feststellung, daß dieser Artikel vom Rat der ESG nicht autorisiert ist.)

KRITIK AM FOLTERKOMITEE 2.TEIL

Der zentrale Widerspruch einer ganzen Reihe eloquenter Kommitee-Genossen, im theoretischen Anspruch einerseits nicht hinter die Militanz der (z.B.) RAF zurückzufallen (s.Ausspruch:" die nehmen uns doch gar nicht ernst"), andererseits in der Wirklichkeit allerdings diesen Anspruch schon im Ansatz schuldig zu bleiben (man erinnere sich doch noch einmal daran, daß sogar schon die Verteilung des Kommitee-Flugblattes zu SFB 115 an die Soldaten der Röttiger-Kaserne in Fischbeck - fürwahr ja nicht einmal eine militante, viel weniger eine militärische Aktion - als "Harakiri-Aktion" diffamiert wurde; oder man erinnere sich noch einmal an das beim NDR geplante (und von einigen wenigen Genossen) durchgeführte go-in, welches als " existenzielle Gefährdung" bezeichnet wurde), erschien mir bis zu meinem Ausscheiden aus dem Hamburger Folterkommitee b.a.w. unauflösbar. Bekenntnisse, sich als " Teil der Revolution ", sich als " Revolutionär", sich als " antiimperialistischer Kämpfer", sich als Hiwi für die Wiederherstellung der Militanzbedingungen der inhaftierten (z.B.) RAF-Genossen zu begreifen, waren und sind angesichts der nichtrevolutionären Praxis jener Kommitee-Mitglieder objektiv Bekenntnisse eines Papiertigers.

Politisch-praktische Konsequenzen wurden nicht gezogen aus der im Komitee weitgehend vereinheitlichten (theoretischen) Einschätzung, daß unser einziger Weg, offensive Politik zu machen, ist, "den historischen Nexus (Zusammenhang) der Linken ernstzunehmen und ihn in seiner heutigen Form von Gegenöffentlichkeit - trotz praktischer Zersplitterung - zu stärken, weil unsere Solidarität gegenüber den politischen Gefangenen sonst undialektisch und bürgerlich bleibt, die politischen Gefangenen sonst als vereinzelte Symbole von Widerstand gegen das System instrumentalisiert".

Da einerseits die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Doppelstrategie fürs Kommitee, legal und illegal gegen den BRD-Imperialismus zu arbeiten, d.h. die Einheit von legaler und illegaler Arbeit zu erkennen, abgeleugnet, entsprechende Diskussionen im Ansatz schon vom Tisch gefegt wurden (s.Ansprüche wie: " Das ist keine Sache des Kommitees", oder " Das gehört nicht ins Kommitee" o.ä.), andererseits aber auch eine politisch-solidarische und kritische Auseinandersetzung mit der Strategie und Taktik des SPK, der RAF usw. immer wieder abgelehnt wurde (siehe z.B. Aussprüche wie : Das können wir doch gar nicht; dafür gibt es in den Komitees doch viel zu unterschiedliche Meinungen über die RAF"), war die damalige inhaltliche Komitee-"Politik" und die praktische Komitee-Arbeit objektiv nichts anderes als die einer pseudo-revolutionären pressure-group, die sich seitens Einzelner z.T. mit einem Dunstkreis linker Konspiration umgab.



Revolutionär wird man nicht schon dadurch, indem man programmatische Komitee-Papiere nicht mit dem Namen des Verfassers, Komitee-Flugblätter mit nachweislich falschem Impressum herausgibt, Reiseziele von einzelnen Genossen und Informationen von außerhalb des Hamburger Komitees (d.h. auch von anderen Komitees in der BRD) nur in Metaphern umschreibt, oder indem man den Ministerpräsidenten von NRW, Heinz Kühn, der auf der Düsseldorfer Königsallee zusammen mit seiner Gattin (am 24.3.74) spazieren geht, für die mit und neben ihm dort spazierengehenden Bürger politisch vollständig unvermittelt mit " Mörder,Mörder, Mörder" anschreit, um dann schnell auseinander zu laufen, bevor etwa die Bullen kommen.

B) **Politische Grundverhaltensmuster:**

Wohl jeder Mensch, der bewußt Mitglied einer Partei und/oder einer politischen Organisation ist, ist - denke ich - durch soziale Herkunft, durch individuelle und kollektiv (zus. mit dem Individium) verarbeitete Erfahrung und Erlebnisse, durch Bildung, durch verschiedene durchgeprobte Rollenmuster sozialen Verhaltens - in seinem sozialen Grundverhalten (vor) geprägt.

Durch meine jahrelange politische Tätigkeit vor Eintritt ins Hamburger Folter-Komitee war ich sehr stark geprägt durch sog.offene Jugendarbeit, durch lange Mitarbeit im SDS, im Republikanischen Club, in der APO-Bewegung (Anti-Notstandscampagne, Campagne CND etc) und in den Jungsozialisten in der SPD. Im Laufe dieser Jahre hatte ich erfahren, lernen müssen und für richtig erkannt aus dem jeweiligen politischen Sachzusammenhang, daß man nicht nur - wie bereits unter A)gesagt - seine eigene politisch-inhaltliche Position,seine eigenen " Politischen Wertvorstellungen ", seine (politische) " Linie" etc. permanent in frage und zur Disposition stellen muß. Ebenso richtig und notwendig ist es, auch sein eigenes Rollenverhalten laufend selbstkritisch zu überprüfen und zur kritisch - solidarischen Disposition unter zusammenarbeitenden Genossen zu stellen.

Von Anbeginn meiner Tätigkeit an fand ich im Hamburger Folter-Komitee ziemlich durchgängig ein Verhalten, welches meinen Vorstellungen von politischen (Grund)- Verhaltensmustern z.T. diametral entgegengesetzt war. Das hat sich bis zu meinem Austritt aus der aktiven Arbeit im Hamburger Komitee nicht geändert. Die Verhaltensmuster, die ich im Hamburger Folter-Komitee erlebte, stellten sich für mich folgendermaßen dar :

1) Relative bis absolute Unverbindlichkeit demgegenüber, was kollektiv vom Plenum des Folter-Komitees (= Mitgliederversammlung als höchstes Beschlußgremium) beschlossen worden war; Nichtbereitschaft einer ganzen Reihe von Genossen, Mehrheitsentscheidungen - nach vorausgegangenen,oft stundenlangen,meist kontroversen Diskussionen - als verbindlich anzuerkennen und diese dann auch als in der Abstimmung unterlegende Minderheit politisch-solidarisch mitzutragen; relative bis absolute politisch-inhaltliche Unzuverlässigkeit gegenüber von einzelnen Genossen selbst übernommenen (Arbeits) Aufträgen im Hinblick auf deren Durchführung.

2) Relatives bis totales - oft offen zur Schau getragenes - Desinteresse gegenüber anderen als der eigenen politischen Meinung vertretenen politisch-inhaltlichen Meinungen, oft verbunden mit einer bis zum Exzeß gehenden Intoleranz gegenüber anderen politisch-inhaltlichen Vorstellungen als den eigenen;

3) Vollständig ablehnende, z.T.bis zur totalen (offenen) Verachtung gehende Haltung gegenüber organisatorischen und formalen Arbeitshilfen und Arbeitserleichterungen, wie dem Führen von Sitzungs-und Beschlußprotokollen (Protokolle wurden denunziert als Bürokratismus, übelster Bürokratismus, als Spitzel- und Bullenprotokolle u.ä.)

4) Nichtbereitschaft denjenigen Genossen gegenüber, die an dieser oder jener Zusammenkunft, Aktion, Veranstaltung, Tagung, Treffen o.ä. mal nicht teilnehmen konnten, Bericht zu erstatten, d.h. Informationsdefizite zu schließen bzw. abbauen zu helfen.
5) Nichtbereitschaft neuen Genossen gegenüber, ihnen zu helfen, sich zu integrieren, den Anschluß an die laufende Folter-Komitee-Arbeit zu finden.
6) Das Bilden von insider-groups, d.h. das für sich Inanspruchnehmen von Informationsmonopolen (z.B. Nichtinformation über eingegangene Papiere, Infos, Briefe etc. von anderen Komitees in der BRD, Personen, Organisationen etc. die in die Problematik des Kampfes gegen die Isolationsfolter einbezogen werden sollten).
7) Die Behandlung vieler Komitee-Mitglieder, als seien sie der letzte Dreck (z.B. offen zur Schau getragene persönliche Abneigung, Verachtung des/der Anderen), des lfd. sich Bedienens von Verbalinjurien dem oder den Anderen gegenüber, das lfd. Arbeiten mit persönlichen und politischen Unterstellungen, Verdächtigungen usw.usf...
8) Ein relativ durchgängiges total unpersönliches, desintegratives, politisch-menschlich-unsolidarisches im günstigsten Falle rein funktionales - Verhalten von Komitee-Mitglied zu Komitee-Mitglied (von ganz wenigen politisch-individuell-persönlichen Beziehungen einmal abgesehen).
9) Das Führen z.T. von Filibuster - "Diskussionen" mit einzelnen Genossen, "Diskussionen", die vorgaben, dem einzelnen Genossen zu helfen, "politische Klarheit in den Kopf" - diese oder jene Sache betreffend - "zu bekommen", die aber so, wie sie abliefen, objektiv (und für den so agitierten Genossen auch subjektiv) den Charakter der Inquisition, des elitären Alles-besser-Wissens hatten.
10) Die Methode, solche Genossen zu diffamieren, d.h.z.B., ihnen von vornherein zu unterstellen, sie wollten Diskussionen, Aktionen, Veranstaltungen etc. ja doch nur "abblocken", sie würden "Bullenfragen stellen", sie wollten bloße Obstruktion betreiben, wenn Argumente, Aktionen, Pläne, Zweck und Inhalt von Reisezielen einzelner Komitee-Mitglieder (im Rahmen der Folter-Komitee-Arbeit), wenn festgeschriebene Sätze, Behauptungen etc. ganz einfach auf entweder ihre politische und / oder organisatorische Notwendigkeit hin, auf ihren Wahrheitsgehalt (Quelle, Authentizität pp.) oder auf ihre politisch-inhaltliche objektive Richtigkeit hin hinterfragt wurden.
11) Die willkürliche, individuelle Abänderung politisch-inhaltlich kollektiv vom Folter-Komitee beschlossener Flugblätter, Papiere und Aktionen und (dann) das Herausbringen solcher Flugblätter, Papiere etc.als authentische Folter-Komitee-Stellungnahmen an die Öffentlichkeit; die Konzipierung und Veröffentlichung von Papieren, Flugblättern etc. als (offizielle) Publikationen des Hamburger Folter-Komitees nach außen hin, ohne diese Materialien entweder vorher im Plenum des Folter-Komitees eingebracht, diskutiert und abgestimmt zu haben oder sogar entgegen ausdrücklich bestehenden "Beschlüssen", nichts oder nicht Zusätzliches mehr an die Öffentlichkeit herauszubringen, es sei denn, es würde neu (darüber) beschlossen.
12) Die schamlose, hemmungslose finanzielle oder sonstige materielle Ausnutzung derjenigen Genossen, die - z.B. auch aufgrund

Informations-Dienst ID
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten
ERSCHEINT WöCHENTLICH
MONATSABO 5.-
D-6 Frankfurt
Homburgerstr 36
tel. 0611/774696
Bürozeiten:
Mo, Mi, Fr 11-15 Uhr

bestimmter familiärer Verpflichtungen o.ä. - einer geregelten oder unregelmäßigen Arbeit gegen Entgelt nachgingen, obwohl man gerade diesen Genossen bei allen sich bietenden Gelegenheiten klar zu verstehen gab, für was für menschliche und politische Arschlöcher man sie doch sonst generell hält (Beispiele: "Du, gib mal Kohle...", oder :" Du, gib uns mal deinen Wagen.", oder: " Wir brauchen jetzt Kohle, hast Du was....?", u.ä.). Daß der Verwendungszweck, wofür im Rahmen der politischen Komitee-Arbeit Geld ausgegeben werden sollte, für denjenigen, der so angehaun wurde, meist total im Unklaren blieb, daß keine Diskussion des Verwendungszwecks erfolgte, ja, nicht einmal erwünscht war, sei hier nur am Rande bemerkt.

Diese im Hamburger Folter-Komitee relativ durchgängigen, m.E. objektiv destruktiven Verhaltensmuster haben mich - auch wenn das für manchen Außenstehenden unverständlich oder pathetisch klingt - regelrecht krank gemacht. Und bekanntermaßen nicht nur mich. Wurde von einzelnen Genossen solch' destruktives Verhalten reklamiert, wurde gesagt, - Genossen ihr macht mich mit solch' einem Verhalten krank -, dann wurde seitens eines "führenden Komitee-Genossen, der' s vom medizinischen und psychologischen beruflichen background wahrscheinlich wissen mußte, zynisch gesagt: das ist gut, wenn Du davon krank wirst, wenn Du davon Kopfschmerzen kriegst....!

Solche o.g. und andere destruktiven Verhaltensmuster haben mich nicht nur "krank gemacht, weil jene o.a. objektiv destruktiven Verhaltensmuster mir eine, mich persönlich <u>und</u> mich <u>politisch</u> befriedigende Mitarbeit ungeheuer erschwerten, sondern weil ich vor allem in diesem rund einen Jahr permanenter und kontinuierlicher Komitee-Mitarbeit laufend erleben mußte, wie andere Genossen des Hamburger Folter-Komitees durch diese hochgradig neurotische Gruppe pseudologistischer Psychopathen kaputtgemacht, von solcher destruktiven Komitee-Arbeit zunehmend frustriert, in Scharen aus dem Hamburger Komitee herausgetrieben wurden oder einfach keinen Anreiz und <u>keine politische Perspektive</u> mehr sahen, überhaupt noch im Hamburger Folter-Komitee mitzuarbeiten (anstatt etwa nur dazusitzen um lediglich zuzuhören, um zu konsumieren, um im Nachhinein von dieser selbsternannten Polit-creme de la creme vorweggenommene, zum Teil irreparable Handlungen, "Beschlüsse", Papiere, Aktionen usw. abzusegnen; anstatt nur Folter-Komitee-Mitläufer zu sein).

Ich habe sowohl vor der Spaltung des Komitees als auch anläßlich des Gesprächs vom 28.2.74 zwecks Wiedervereinheitlichung beider Gruppen (I und II) zu keinem Zeitpunkt auch nur den geringsten Zweifel daran gelassen, daß für mich persönlich sowohl aus Gründen des Nichtverlustigwerdens der eigenen Identität als auch aus politischen Gründen die o.g. objektiv destruktiven Verhaltensmuster auf die Dauer unerträglich sind. Ich habe keinen Zweifel daran gelassen, daß solche Verhaltensmuster, eine dermaßen chaotische Arbeitsweise und entpersönlichte, politisch-unsolidarische Zwischenmenschliche Beziehungen der Komitee-Mitglieder untereinander <u>dem objektiv gemeinsamen Klassengegner, d.h.</u> dem Machtapparat der Herrschenden, <u>ungeheuer nützlich sind</u>, daß diese destruktiven, eine gemeinsame prosperierende Arbeit weitgehend paralysierenden Verhaltensmuster auch nicht verniedlichend einfach mehr

mit "Widersprüche im Volk" erklärt und damit aus der Diskussion und gemeinsamen Aufarbeitung genommen werden können.und daß dies den politischen Gefangenen in der BRD eh schon nicht im geringsten hilft und nützt.
Die Dialektik von Vertrauen einerseits und Kontrolle andrerseits in der praktisch-politischen Arbeit ist meines Ermessens nie begriffen worden, sonst hätten es die Folter-Komitees in der BRD im allgemeinen, das Hamburger Folter-Komitee aber im Besonderen, nie ablehnen können, nach auch und gerade kontroversen Diskussionen Abstimmungen z.B. per Akklamation durchzuführen, Abstimmungsergebnisse in Protokollen festzuhalten. Daß solche, an sich formalistischen Regularien für Linke kein Selbstzweck, sondern immer nur Hilfsmittel der politisch-inhaltlichen Arbeit sind, braucht hier wohl nicht auch noch besonders nachgewiesen zu werden.:Regularien, Geschäftsordnungsfragen, Diskussionsstile, Organisationsmodalitäten und Agitationsformen innerhalb der Komitees selbst und in der politischen Auseinandersetzung mit dem Klassengegner zum Hauptwiderspruch emporstilisieren, bedeutet allerdings nichts anderes als Bürokratie- und Gruppenfetischismus. Da sich stereotyp geweigert wurde, insbesondere für imnachhinein meßbare Beschlüsse und kontrollierbare Abstimmungsergebnisse und für Nichtteilnehmer inhaltlich nachvollziehbare Diskussionsprozesse schriftlich festzuhalten, konnte es logischerweise nicht ausbleiben, daß Ergebnisse von Meinungsbildungsprozessen hinterher unterschiedlich interpretiert und unterschiedliche politische und organisatorische Schlußfolgerungen daraus gezogen wurden. Das Argument, daß man mit dem Führen von Protokollen den Bullen die Observierungs- und Spitzeltätigkeit erleichtere, ist zu durchsichtig, um ernst genommen zu werden Das Hamburger Folter-Komitee, wie die Komitees in der BRD überhaupt, war und ist keine verbotene, konspirativ arbeitende Organisation, keine präkriminalisierte, politische Gruppe, kein RAF-Ersatz. Wer sowas behauptet, ohne wenigstens Indizien dafür zu liefern, verstreut Glaubenssätze; und das ist in der Politik kategorisch abzulehnen. Es ist im Übrigen auch unmarxistisch. Solche Thesen und Hypothesen werden durch ihre ständige Wiederholung deshalb nicht richtiger. Die politische Arbeit, die die Folter-Komitees leisten sollen, die sie leisten und die sie nach eigenem reduziertem politischen Anspruch leisten wollen, war und ist nicht subversiv, illegal, militärisch, ja, nicht einmal militant. Selbst stimulierter Verfolgungs- und Überwachungswahn (durch VS o.ä.) ist kein Politikersatz, noch ist er etwa Ersatz für eine tatsächlich unter Verbotsverdikt bzw. -drohung (§ 129 StGB) stehende Gruppe. Und noch ein weiteres Argument

Gruppe...
Ich habe in dem rund 1 Jahr meiner Tätigkeit fürs Hamburger Folter-Komitee meine Aufgabe, Mitverantwortung und Mitbestimmung stets so begriffen, allen Genossen alle politisch relevanten und auch mir subjektiv nicht relevant erscheinenden Schriftstücke, Dokumente, Papiere, Briefe, Infos etc. zugänglich zu machen. ... Ich wäre froh gewesen, wenn ich auch nur ein Hundertstel jener Dokumente, die andere Komitee-Mitglieder aufgrund eben ihrer Beziehungen und Verbindungen zugesandt oder übergeben erhielten und besaßen, zur Information erhalten hätte. Das genaue Gegenteil war der Fall: Jene Insider-Gruppe um den Genossen E. und Co. war zwar stets ungeheuer informationsgeil, wenn es für sie darum ging, Infos für sich, für ihre - vom gesamten Folter-Komitee weitgehend abgeschirmte - eigene Arbeit zu erhalten (...), in umgekehrter Richtung waren jene Damen und Herren jedoch so spröde und zugeknöpft, daß sie nur das herausgaben, was sie für andere Komitee-Mitglieder für freigabewürdig erachteten. So z.B. zahlreiche SFB-115-Dokumente, ... Briefe aus den Knästen(soweit sie die Komitees betrafen) ... Wenn man auch nur einigermaßen up to date sein wollte, war man gezwungen, sich diese Sachen auf quasi subversivem Wege von

jenen Genossen zu beschaffen, um sie allen Komitee-Mitgliedern zugänglich zu machen. Das alles, was jene Genossen da so tagtäglich praktizierten bzw. nicht praktizierten, war in der Tat ungeheuer kooperativ und politisch solidarisch.

c) <u>Resumee</u>
Meine o.g. Begründung, die ihr zugrundeliegenden Einzelkriterien, warum ich meine politische Arbeit <u>im</u> Hamburger Folterkomitee einstellte, muß und kann nur als Einheit begriffen werden, genauso, wie man politische Inhalte und politische Formen nicht getrennt betrachten, analysieren und kritisieren, sondern nur in ihrer Dialektik und in ihrer Kausalität begreifen kann. Wer also meine solidarische Kritik am Hamburger Folterkomitee , wer meine Austrittsbegründung jetzt vornimmt und sich einzelne Punkte herauspickt, benutzt ein untaugliches Mittel am dafür untauglichen Zweck.

Daß mit meinem Austritt aus dem Hamburger Folterkomitee - der ja im übrigen, z.T. auch, was die politischen Begründungen anbelangt, konform ging mit der Einstellung vieler anderer Genossinnen und Genossen des Hamburger Folterkomitees - meine politische Arbeit gegen die Isolationsfolter damit nun nicht etwa eingestellt ist, daß man abtaucht, sich in die innere Emigration verzieht, seinen Frust pflegt o.ä., braucht - mich zumindest betreffend - hier qua Bekenntnis nicht begründet zu werden; so was hätte lediglich Alibifunktion. Wir meinen jedoch - und dafür spreche ich durchaus für einige Genossen und nicht etwa nur für mich - daß es mittel- und langfristig wirksamere und effektivere Kampfformen gegen den Imperialismus und den BRD-Kapitalismus gibt bzw. zu entwickeln gilt, die allerdings auch und gerade den inhaftierten Genossen von deren gesellschaftspolitisber Zielsetzung ihres Kampfes her mehr nützen als lediglich die eventuelle Aufhebung der Isolation oder die Aufhebung der sich abzeichnenden Zusammenfassung mehrerer politischer Gefangener in Klein-KZ's à la Stuttgart-Stammheim o.ä.

April 1974 Ein ehemaliges Mitglied

ZUR FRAGE DES BEWAFFNETEN KAMPFES

Es ist wohl erklärlich, daß die Verfasser des folgenden Beitrags sich uns nicht persönlich vorgestellt haben und wir somit nichts anderes als ihre Briefe zur inhaltlichen Beurteilung in Händen haben. Trotz der zweifellos notwendigen Zurückhaltung, was die konkrete Praxis dieser Gruppe betrifft, fällt es natürlich schwer, die tatsächliche Bedeutung der vorliegenden Texte jenseits allgemein programmatischer Aussagen richtig einzuschätzen. Das hindert uns jedoch nicht daran, sie zu veröffentlichen. Wir können diesen Genossen nicht von vornherein die politische Ernsthaftigkeit absprechen, auch wenn sie nicht gleich die bombastischen Erfolge vorzuweisen haben. Unsere Zweifel sollten wir vielmehr zum Anlaß nehmen, die endlich (wieder?) begonnene Diskussion um die Frage des bewaffneten Kampfes fortzuführen; das Info will auch hierzu eine Plattform darstellen.

Die Relevanz einer solchen Auseinandersetzung ergibt sich gerade auch für die Hamburger Linke aus der Tatsache, daß die Niederlage in der Ekhofstraße von etlichen Genossen aus unserer unmittelbaren Umgebung zum Anlaß genommen wurde, die Fehler dieser Aktion in dem Versuch zu wenden, hier und heute den bewaffneten Kampf zu beginnen. Daß wir uns damit erst im nachhinein beschäftigen können, liegt

hauptsächlich daran, daß dieser Entscheidungsprozeß in der Regel total isoliert in den Köpfen der betreffenden Genossen ablief und ihre überhebliche Distanz gegenüber ehemals vertrauten Genossen jegliche Verbindung verkümmern ließ. Die Frage nach den Gründen für das Scheitern jener, die heute in den Knästen sitzen, darf nicht als Legitimation dafür benutzt werden, die "Angelegenheit" hiermit ad acta zu legen und im alten Trott fortzufahren. Genauso falsch wäre die Konsequenz, Kritikern des "Konzepts Stadtguerilla" einfach nur ein emotionales "Jetzt erst recht!" ins Gesicht zu schleudern und aus einem pauschalen Rechtfertigungszwang selbst die gröbsten Fehler zu verteidigen. So sah "die Diskussion" in der linken Öffentlichkeit nämlich bisher aus. Wir meinen, daß der folgende Beitrag sich bemüht, diese fruchtlose Ebene zu verlassen. Darum sollte man ihn auch nicht ignorieren.

Die Info-Redaktion

BASISARBEIT UND BEWAFFNETER WIDERSTAND

EIN BRIEF AN DIE BEWEGUNG

Liebe Genossen!

Wenn wir sagen, die bewaffneten Gruppen der Linken seien nicht die Avantgarde, sondern ein Teil - zur Zeit leider noch ein sehr geringer - der gesamten Bewegung, verstehen wir darunter, daß sie nicht losgelöst davon agieren können, also in einer steten Wechselbeziehung zu allen revolutionären Teilen der Bewegung stehen müssen. Die Guerilla darf nie als Ober- oder Unterbau verstanden werden.

Wenn wir dies als richtig anerkennen, müssen wir uns vor Augen halten, daß die heutige Situation dem nur mangelhaft entspricht, daß bewaffnete Gruppen teilweise in totaler Isolierung von der linken Bewegung kämpfen, daß ein bestimmter Teil der Bewegung diese, und ganz allgemein überhaupt keine bewaffneten Gruppen, weder durch Schrift, Propagierung der Aktionen - durch praktische Solidarität schon gar nicht - unterstützt. Dies alles verstärkt die Trennung zwischen sogenannt "legaler" und bewaffneter Aktion, verhindert eine notwendige Auseinandersetzung und macht eine Vermittlung für den bewaffneten Wider stand unmöglich und damit Anfänge zunichte.

Der Grund, warum wir diesen Brief schreiben, ist einfach der, daß wir diese Situation genau kennen, daß wir uns in ihr befunden haben. Wir hatten uns aus der sogenannt "legalen" Arbeit zurückgezogen, um nur noch "illegale" zu machen - was ein entscheidender Fehler war. Später, als uns das bewußt wurde, hatten und haben wir heute noch erhebliche Schwierigkeiten, die Verbindung zwischen "legaler" Basis- und "illegaler" Stadtguerillaarbeit wieder herzustellen.

Die einzig mögliche Form der Verbindung von unbewaffneter und bewaffneter Aktion und Arbeit besteht in einer Basisarbeit, die revolutionnär und nicht reformerisch ist, eine Basisarbeit, die die Aktionen der Guerilla vermitteln kann und sie umsetzt - an und mit der Basis - in revolutionäres Bewußtsein, in Organisierung des bewaffneten Widerstandes.

Es ist notwendig, an dieser Stelle unsere Vorstellung vom revolutionärer Basisarbeit darzulegen. Es ist notwendig herauszustreichen, daß revolutionäre Basisarbeit nur mit dem Ziel des bewaffneten Kampfes möglich und daß der bewaffnete Widerstand nur mit revolutionärer Basisarbeit zu führen ist. Dies muß in die Diskussior gebracht werden, damit es zu Auseinandersetzungen mit den Problemen überhaupt erst kommt, oder der Auseinandersetzung ein konstruktiver Impuls gegeben wird, der das Ganze vorantreiben kann.

Unter Basisarbeit wird im Allgemeinen wohl folgendes verstanden: Agitation dort leisten, wo man wohnt (Stadtteil) wo man arbeitet (Betrieb, Uni, Schule) und in allen anderen Bereichen, in denen man sich aufhält. Bei den einen ist das Ziel der Basisarbeit die "Einreihung der Agitierten in die Parteilinie", bei den anderen, uns entschieden angenehmeren Genossen, ist das Ziel die Selbstbestimmung und Selbstorganisation. Die Ersteren vergessen jedoch, daß die "Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann" und nicht das der Partei, während die Letzteren leider häufig die Parole von der Selbstorganisation zu lasch anpacken, das heißt, verbal auf den Fahnen haben, ohne daraus eine revolutionäre Kampfform zu entwickeln. Denn auf die kommt es an, es geht nicht darum, dem Unterdrückten nur die Unterdrückung, die Ausbeutung, die Verunmenschlichung aufzuzeigen - die spürt jeder am eigenen Leibe - sondern wie man sich hier und heute dagegen wehren kann.

WIR VERSTEHEN UNTER BASISARBEIT DAS AUFZEIGEN VON WIDERSTANDSFORMEN GEGEN DIE UNTERDRÜCKUNG - DARUM REVOLUTIONÄRE BASISARBEIT!

Genossen, überprüft eure Agitation! Worauf läuft sie hinaus? Arbeitet ihr auf den bewaffneten Widerstand hin, oder ist eure Agitation nur das Produkt der eigenen Angst vor der Militanz, der Angst, irgendetwas zu verlieren, was wir erst erkämpfen müssen- Leben? Hat sie nicht nur eine Alibifunktion, damit ihr sagen könnt, ihr stehet im Kampf mit dem System? Revolutionäre Basisarbeit ist nur in Verbindung mit dem bewaffneten Widerstand möglich. Eine Basisarbeit, die als Ziel nicht die Organisierung des bewaffneten Kampfes als Mittel der Befreiung sieht, ist entweder sozialdemokratische Reformdudellei oder der absolutistische Gedanke der Erringung der politischen Macht im Staat, wodurch keine Befreiung herbeigeführt werden kann, sondern nur eine verschärftere Form des täglichen Terrors, der Unterdrückung, der Verunmenschlichung. Die Befreiung von der Unterdrückung, von der Ausbeutung, der Knechtschaft ist nur über die Trümmer des Staates erreichbar.

Die Aufgabe der revolutionären Basisgruppen ist es also, den bewaffneten Widerstand zu organisieren,die Aktionen anderer Gruppen der Bevölkerung zu vermitteln und unerfahrene Genossen im Theorie und Praxis des bewaffneten Widerstandes zu schulen.

Die Genossen einer Stadtguerillazelle die in einer Basisgruppe mitarbeiten, müssen die Auseinandersetzung mit den Problemen des Widerstandes innerhalb der Gruppe - eben als deren bewußterer Teil - vorantreiben und in die richtigen Wege leiten, die sich entwickelnden Genossen bestärken und im bewaffneten Kampf anleiten, die entschlossensten Mitglieder der Basisgruppe zu einem festgefügten Kern zusammenfassen, damit sich daraus eine autonome Stadtguerillazelle entwikkeln kann. Die Bewegung braucht immer mehr Genossen, die dem Staat bewaffnet Widerstand leisten wollen. Und woher sollen sie kommen, wenn nicht von der Basis, besonders aus dem deklassiertesten Teil, den sogenannten Randgruppen der Gesellschaft - Rocker Obdachlose, Knast, Erziehungsheime usw. - denn in ihnen steckt das meiste revolutionäre Potential.

Revolutionäre Basisarbeit heißt also Sichtbarmachen der Ungerechtigkeiten, Aufzeigen, wie man sich dagegen wehren kann, heißt also, Ausbildung von Teilen der Bevölkerung im täglichen

Kampf gegen den Staat, zu Genossen, die die Ungerechtigkeit, die Unterdrückung und jede Form der Verunmenschlichung mit Gewalt bekämpfen wollen und die Notwendigkeit anderen vermitteln können.

Genossen, das ist unsere Aufgabe. Wir können und wir dürfen unsere Basisarbeit als nichts anderes verstehen. Wir können nicht darauf hoffen, daß das Volk aufgrund unserer Sprüche zur Knarre greift und sich in autonomen Zellen organisieren wird. Wir müssen heute anfangen, jedem die Notwendigkeit des Widerstandes, der Organisierung des bewaffneten Widerstandes aufzuzeigen und wie er zu führen ist.

In diesem Sinne fordern wir Euch auf, sich mit diesem Brief auseinanderzusetzen, ihn nicht in den Ordnern vergammeln zu lassen, Stellungnahmen abzugeben, diesen Brief in euren Propagandaorganen zu veröffentlichen.

FRIEDE DEN HÜTTEN - KRIEG DEN PALÄSTEN!
SCHWARZ-ROT-FRONT

Brief der Gruppe 'SCHWARZE FRONT', organisiert in der BRL (Bewegung der revolutionären Linken)

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

„GOING DOWN, DOWN, DOWN..."

Obwohl unser eigenes Selbstverständnis als INFO-Redaktion eine Zensur von Beiträgen ausschließt, die im weitesten Sinne der Funktion des INFOS (sh. Vorwort in Nr. 1 und in diesem Heft) entsprechen, sehen wir uns an dieser Stelle doch gezwungen, 1. die Nichtveröffentlichung eines Briefes bekannt zu geben, der uns ohne Verfasserangabe zugeschickt wurde, und 2. diese Entscheidung kurz zu begründen.
Es handelt sich um einen Beitrag zur Vorbereitung der RAF-Prozesse, der sich jedoch von seinem Informationsgehalt bedenklich dem absoluten Nullpunkt nähert; - ganz davon zu schweigen, daß von einem konkreten Arbeitszusammenhang des Verfassers im Text wenig aufzuspüren ist. Der nicht vorhandene Informationsgehalt schlägt sich beispielsweise in Sätzen wie diesen nieder:
"Die Rote Hilfe e.V. - Na ja! Die ML-RH - igitt (klinische Paranoia?) Die SH/SK - I'm going down, down, down. Finster, was?"

Doch ja, das können wir schon sagen. Doch wer, lieber Genosse, bringt Licht in die von dir erzeugte Finsternis? Wir sehen: ein bestimmter Sprachstil, zum Fetisch erhoben (geradezu von panischer Angst vor ganzen Sätzen getrieben, einen Wortbrocken auf den anderen türmend) und sich einen Dreck darum zu kümmern, ob das Geschriebene auch verstanden wird, das ist <u>eine</u> Geschichte. Nicht nur dem anonymen Genossen sei gesagt, daß die Bereitschaft zur Diskussion erst wirklich bezeugt wird, wenn die Beteiligten sich überlegen, wie sie etwas vermitteln können. Wir fordern den Verfasser auf, sich in weiteren Beiträgen vom Standpunkt der gesellschaftlichen Nützlichkeit leiten zu lassen.

ZÜNDMANN

~ EINE SELBSTDARSTELLUNG

Der ZÜNDMANN als Schülerzeitung versuchte, politisch aktuelle Themen wie Hausbesetzung u.a. in einer Form zu bringen, die auch nicht- oder wenig Interessierte anspricht.
Der ZÜNDMANN hat sich etwas geändert: von einer Schülerzeitung, die versuchte, emanzipatorische Gedanken und Aktionen in einer für Schüler ansprechenden Form zu bringen (Nr. 1 - 3)
über eine Zeitung, die sich jeweils einem Oberthema näher widmete, um sowohl "Eingeweihte" als auch nicht oder wenig Interessierte anzusprechen (Nr. 4 - 5/ Sexualität - Gewalt)
in ein Blatt, das versucht, die Kommunikation zwischen einzelnen Initiativen (A-Zeitungen, A-Projekte etc.) zu verwerten.
Die Organisationsschwierigkeiten häufen sich natürlich immer mehr: wir sind zu zweit und machen sowohl die Artikel, den Briefwechsel, die Finanzen und den Vertrieb, und natürlich die Reisen, von denen wir berichten.
Zu bekommen: Im Manifest, Vencerelda, oder bei uns per Post:

Nr. 4 Sexualität und Unterdrückung u.v.a. -.20 DM

Nr. 5: Gewalt: RAF, J.Rubin + die Yippies, Knast, von links bis links (Übersicht über linke Gruppen in der BRD) -.20 DM

r. 6: In Arbeit

Hamburg: Panther-Musik/Lichtwärts-Bewegung u.a.

London: Bericht über BIT, die Informationszentrale für alles Alternative, CLAP, das Modell der FREE CITY, u.a.

USA: Bericht über "Stephens Farm" in Tennessee, wo seit über 3 Jahren 600 Leute zusammenleben, sich von der Arbeit auf ihrem Land ernähren und auch kein Geld mehr brauchen ...

und bestimmt noch einiges mehr, auf jeden Fall noch 'ne ganze Menge guter Comics !

Kontakt: zündmann, 2 Hamburg 63, alte landstraße 120

IMPRESSUM

presserechtlich verantwortlich ist unsere liebe Genossin Gisela Kramer.
Kontaktieren könnt ihr uns über: Manifest, Politischer Buchladen, 2 Hbg.13, Schlüterstr.79
INFO-Redaktionssitzungen finden im September jeden Mittwoch um 20 Uhr statt. Die Teilnahme steht allen undogmatischen Gruppen, die am INFO mitarbeiten oder mitarbeiten wollen, offen. Den Ort könnt ihr im Manifest erfragen.

Suche für mich und meinen Sohn (1 1/2 Jahre) Kontakt für WG-Projekt oder Platz in evtl. vorhandener Gruppe (möglichst mit Kind). Bitte melden im Manifest bzw. übers Manifest beim Info.

> Im INFO kann jeder kostenlos Kleinanzeigen aller Art veröffentlichen. Schickt den Text ans Manifest oder gebt ihn dort ab.

PROJEKT: WOHNGEMEINSCHAFT

WIR: Thomas (18, Schüler)
Wolfgang (20, Schüler)
Klaus (21, Fachschüler)

suchen 3 Frauen für eine Wohngemeinschaft.

UNSER ANSPRUCH: politisch interessiert (links), nicht-revisionistisch, undogmatisch.

Wir stellen uns Folgendes vor:
Verbindung von politischer und emanzipatorischer Arbeit in der WG; d.h. für uns, Umsetzung von persönlichen Erfahrungen in der Gruppe in politische Arbeit.

KONTAKT: Zwecks Kennen-, Verstehen-, und Auseinandersetzen lernen, planen wir in dieser Herbstferien einen 1-wöchigen Dänemark-Urlaub. (Herbstferien vom 4.10. - 20.10.74)

Das Projekt stellt für uns eine echte Zukunftsperspektive dar, deshalb ist es wichtig, daß eine evtl. Zusammenarbeit ernsthaft und längerfristig ist.
Projektbeginn: Anfang des nächsten Jahres.
Wir treffen uns am Freitag, den 20. 9.74 um 20 Uhr.
ADRESSE: 2 Hamburg 19, Sillemstr.58, Heise/Eilinghoff.
zu erreichen mit der U-Bahn bis Lutterothstraße.